

Angebotsaufforderung / Vergabeunterlagen

Postbeamtenkrankenkasse

Testrail Server 2026

FV3-05/03/2025



Stand:

18.05.2026

Inhaltsverzeichnis

I.	Vergaberechtlicher Rahmen.....	3
1.	Vorbemerkung	3
2.	Auftraggeberin / Vergabestelle / Kontaktstelle.....	3
3.	E-Vergabe-Plattform	4
4.	Vergaberechtlicher Rahmen	4
5.	Vertraulichkeit / Datenschutz	4
6.	Pflichten bei Nichtabgabe eines Angebots	5
7.	Anfragen	5
8.	Unklarheiten in den Vergabeunterlagen	5
9.	Eigene Vertragsbedingungen der Bieter	6
10.	Losaufteilung	6
II.	Anforderungen an die Angebote.....	6
1.	Aufforderung zur Angebotsabgabe; Form und Inhalt der Angebote.....	6
2.	Angebotsfrist.....	6
3.	Folgen bei Nichtvorlage der geforderten Eignungsnachweise	7
4.	Vergütung für die Bearbeitung der Angebote	7
5.	Nebenangebote	7
6.	Bietergemeinschaften	7
7.	Unterauftragnehmerleistungen / Eignungsleihe.....	8
8.	Bindefrist.....	9
9.	Preise	9
III.	Angebotswertung und Zuschlagskriterien.....	9
1.	Angebotsprüfung und -bewertung	9
2.	Zuschlagskriterien.....	9
IV.	Allgemeine Vertragsbedingungen	9

I. Vergaberechtlicher Rahmen

1. Vorbemerkung

Die Postbeamtenkrankenkasse beabsichtigt, die nachfolgend bezeichnete Leistung „Testrail 2026“ zu vergeben. Weitere Details ergeben sich aus den folgenden Ausführungen und den zugehörigen Anlagen.

Die Ausschreibung erfolgt als Öffentliche Ausschreibung durch die Postbeamtenkrankenkasse. Mit diesen Vergabeunterlagen wendet sich die Postbeamtenkrankenkasse (i.F. auch: PBeaKK, Auftraggeberin oder Vergabestelle) an die Bewerber, die die Vergabeunterlagen abgerufen haben.

2. Auftraggeberin

Auftraggeberin ist die Postbeamtenkrankenkasse, sie ist zugleich Vergabestelle.

Die PBeaKK ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und bietet ihren ca. 380.000 Kunden einen qualitativ hochwertigen Grund- und Zusatzversicherungsschutz und erbringt im Auftrag Leistungen der Pflegeversicherung und der Beihilfe. Dazu arbeiten wir mit kompetenten Partnern aus dem Gesundheitsbereich zusammen.

Die PBeaKK steht für wirtschaftliche Stabilität, sichere Arbeitsplätze sowie fortschrittliche Organisation und Technik. Als familienfreundliches Unternehmen garantiert sie darüber hinaus die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. An 18 Standorten bietet sie ihren Kunden persönliche Beratung und ihren Beschäftigten abwechslungsreiche Arbeitsplätze. Der Hauptsitz befindet sich in Stuttgart.

Als Sozialeinrichtung der ehemaligen Deutschen Bundespost nimmt sie eine Sonderstellung am Krankenkassenmarkt ein. Die Postbeamtenkrankenkasse erbringt Kassenleistungen in Anlehnung an GKV und PKV. Außerdem erstattet sie Leistungen nach der Bundesbeihilfeverordnung (BBhV). Darüber hinaus führt die PBeaKK Aufgaben der privaten Pflegeversicherung durch.

Die Auftraggeberin ist unter folgender Kontaktadresse erreichbar:

Postbeamtenkrankenkasse
Hauptverwaltung
Kathrin Fast / DSt U2-05
Nauheimer Str. 98
70372 Stuttgart

einkauf@pbeakk.de

3. E-Vergabe-Plattform

Dieses Vergabeverfahren wird elektronisch in der vollständig webbasierten E-Vergabe-Plattform Deutsches Vergabeportal durchgeführt und ist unter folgender URL im Internet erreichbar: <https://www.dtyp.de/>. Die Bereitstellung der Vergabeunterlagen erfolgt über diese Plattform. Ebenso wird die Kommunikation über diese Plattform abgewickelt (siehe Ziffer 7); zum Einreichen von Fragen sowie zur Angebotsabgabe ist die einmalige, kostenlose Registrierung für Interessenten bzw. Bieter erforderlich. Im Einklang mit § 28 Abs. 1 UVgO wird die E-Vergabe-Plattform dieses Vergabeverfahren über die Suchfunktion des Internetportals www.bund.de zugänglich machen.

Die Angebotsabgabe ist nur über diese Plattform zulässig (siehe Ziffer II.1).

4. Vergaberechtlicher Rahmen

Die Ausschreibung erfolgt unter Beachtung der Vorschriften der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO 2017) als Öffentliche Ausschreibung. Ergänzend gelten die Inhalte der Vergabebekanntmachung sowie die nachstehenden Vergabebedingungen und Erläuterungen.

Die Auftraggeberin behält sich das Recht vor, die Ausschreibung ganz oder teilweise aufzuheben; sie unterliegt keinem Kontrahierungszwang. Auf § 48 UVgO wird verwiesen.

Wenn im Folgenden von Bietern die Rede ist, sind Bietergemeinschaften ebenfalls gemeint, es sei denn, Unterscheidungen zwischen Bietern und Bietergemeinschaften werden ausdrücklich angesprochen.

5. Vertraulichkeit / Datenschutz

Die Vergabeunterlagen und alle Informationen, die die Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens erhalten, sind vertraulich zu behandeln.

Die von den Bietern erbetenen Angaben (auch solche mit Personenbezug) werden für die Zwecke des Vergabeverfahrens und – im Zuschlagsfall – für die Zwecke der Vertragsdurchführung verarbeitet und gespeichert.

Der Bieter hat alle im Rahmen des Vergabeverfahrens und zum Zwecke der Vertragsdurchführung ihm bekannt gewordenen Daten und Kenntnisse streng vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung ist an etwaige Unterauftragnehmer ungemindert weiterzugeben.

6. Pflichten bei Nichtabgabe eines Angebots

Beabsichtigt der Bieter, auf die Aufforderung zur Angebotsabgabe hin kein Angebot abzugeben, hat er dies der Kontaktstelle mitzuteilen und die Vergabeunterlagen zu vernichten oder an die Kontaktstelle zurückzugeben. Die Vernichtung der Unterlagen ist auf Verlangen zu bestätigen.

7. Anfragen

Fragen und Hinweise zu den Vergabeunterlagen und zum Gegenstand des Auftrages sind **ausschließlich** über die unter Ziffer 3 genannte E-Vergabe-Plattform (<https://www.dtv.de/>) zu richten. Dies gilt auch, wenn die Frage oder der Hinweis zuvor schon in anderer Art und Weise übermittelt wurde. Sie sind in deutscher Sprache zu formulieren. Auskünfte anderer Stellen sind nicht verbindlich. Mündliche Antworten oder Auskünfte werden nicht gegeben; werden sie doch gegeben, sind sie nicht verbindlich.

Antworten werden allen interessierten Leistungserbringern, die die Vergabeunterlagen angefordert haben, gleichzeitig in anonymisierter Form über die E-Vergabe-Plattform zur Verfügung gestellt. Die Auftraggeberin behält sich vor, Fragen so umzuformulieren, dass die Identität des Fragenstellers nicht erkennbar wird. Die interessierten Unternehmen werden jedoch gebeten, bei der Formulierung der Fragen von vornherein zu berücksichtigen, dass diese zusammen mit den Antworten allen interessierten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden.

Damit sichergestellt ist, dass erbetene zusätzliche Informationen gegebenenfalls auch den anderen interessierten Unternehmen im Rahmen von Nachinformationen noch rechtzeitig mitgeteilt werden können, sollten **Fragen möglichst spätestens sechs Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist** (siehe hierzu Ziffer II 2.) bei der o.g. Stelle eingehen.

8. Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Die Bieter werden gebeten, die Unterlagen unverzüglich nach Erhalt auf Vollständigkeit und auf etwaige Unklarheiten zu überprüfen. Enthalten die Unterlagen nach Auffassung des Bieters unklare Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung des Angebots oder die Preisermittlung beeinflussen könnten, so hat der Bieter die Auftraggeberin über den Kommunikationsbereich der E-Vergabe-Plattform unverzüglich, spätestens jedoch zehn Tage vor Ablauf der Angebotsfrist, schriftlich durch Auskunftsverlangen o. Ä. darauf hinzuweisen.

9. Eigene Vertragsbedingungen der Bieter

Eigene Vertragsbedingungen (etwa Allgemeine Geschäftsbedingungen) der Bieter werden nicht akzeptiert. Angebote, die abweichende Vertragsbedingungen zugrunde legen, werden ausgeschlossen. Auf das nach § 9 II UVgO bei öffentlichen Ausschreibungen geltende Verhandlungsverbot wird hingewiesen.

10. Losaufteilung

Es erfolgt keine Losaufteilung.

II. Anforderungen an die Angebote

1. Aufforderung zur Angebotsabgabe; Form und Inhalt der Angebote

Die interessierten Unternehmen werden hiermit zur Abgabe eines Angebots auf der Grundlage der vorliegenden Vergabeunterlagen aufgefordert.

Die Angebote sind vor Ablauf der Angebotsfrist entsprechend § 38 Abs. 1 i.V.m. § 7 Abs. 1 UVgO ausschließlich **über die E-Vergabe-Plattform <https://www.dtv.de/> (Bieterbereich, nicht Kommunikationsbereich) in Textform** nach § 126b BGB einzureichen. Auf anderem Weg übermittelte Angebote, insbesondere solche per Telefax, per E-Mail oder per Postweg, sind nicht zulässig. Die Angebote sind in **deutscher** Sprache abzufassen.

Mit dem Angebot sind die in der **Nachweisliste (Anlage 5)** aufgeführten Unterlagen in der dort vorgeschriebenen Form vorzulegen. Die Gliederung der Angebote soll der in der Nachweisliste vorgegebenen Gliederung entsprechen.

In den Vergabeunterlagen / Angebotsunterlagen sind **Zusätze oder Änderungen sowohl am geschriebenen als auch am gedruckten Wortlaut unzulässig**; sie führen ebenfalls zum Ausschluss des Angebots.

2. Angebotsfrist

Die Angebotsfrist endet am **01.06.2025, 12:00 Uhr**. Angebote, die **verspätet** eingehen, werden **aussgeschlossen**, es sei denn, der verspätete Eingang wurde durch Umstände verursacht, die der Bieter nicht zu vertreten hat.

Der Bieter kann sein Angebot nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die E-Vergabe-Plattform berichtigen oder zurückziehen.

Auf die Bindefrist nach Ziffer II.8. wird hingewiesen.

3. Folgen bei Nichtvorlage der geforderten Eignungsnachweise

Die in der Nachweisliste (Anlage 5) geforderte Erklärungen und Nachweise sind **innerhalb der Angebotsfrist** abzugeben. Jeder geforderte, aber nicht oder nicht fristgerecht erbrachte Nachweis kann zum Ausschluss des Angebots führen. Es wird auf § 41 II UVgO verwiesen. Ob die Auftraggeberin von der Möglichkeit zur Nachforderung nach § 41 II UVgO Gebrauch machen wird, wird nach Ablauf der Angebotsfrist entschieden werden. Ein Anspruch auf Einräumung einer Nachreichungsmöglichkeit besteht nicht.

4. Vergütung für die Bearbeitung der Angebote

Für die Erstellung des Angebots wird keine Vergütung oder Kostenerstattung gewährt.

5. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zulässig.

6. Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften sind zugelassen, soweit ihre Bildung durch die jeweiligen Mitglieder im Einzelfall rechtmäßig ist. Sie haben in den Angeboten jeweils sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft zu benennen. Bietergemeinschaften haben eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu benennen. Sie haben mit dem Angebot eine ausgefüllte und von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung (**auf Anfrage**) vorzulegen.

Die in der Vergabebekanntmachung und diesen Bewerbungsbedingungen geforderten Eignungsnachweise, insbesondere die Mindestanforderungen, müssen insgesamt für die Bietergemeinschaft vorliegen, soweit nicht ausdrücklich angegeben ist, dass sie von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen sind.

Es gilt das Gebot des Geheimwettbewerbs. Mitglieder einer Bietergemeinschaft können, wenn sie als solche ein Angebot abgegeben haben, daher nur dann zugleich auch als Einzelbieter oder als Mitglied einer anderen Bietergemeinschaft an der Ausschreibung teilnehmen (und umgekehrt), wenn sie mit dem Angebot jeweils nachweisen, „dass ihre Angebote jeweils völlig unabhängig voneinander formuliert worden sind und folglich eine Gefahr einer Beeinflussung des [Geheim]-Wettbewerbs unter Bietern nicht besteht“ (EuGH, Urt. v. 23.12.2009 – Rs. C 376/08). Wird dieser Nachweis nicht zur Überzeugung der Auftraggeberin erbracht, sind alle betroffenen Angebote auszuschließen. Verbundene Unternehmen werden

gebeten, insbesondere die Beschlüsse des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 13. April 2011, VII-Verg 4/11, und vom 11. Mai 2011, VII-Verg 1/11 zu beachten.

7. Unterauftragnehmerleistungen / Eignungsleihe

Will sich der Bieter für die Vertragsausführung der Fähigkeiten eines Unterauftragnehmers bedienen, so muss er diesen Umstand sowie Art und Umfang der an den/die Auftragnehmer zu vergebenden Leistungen durch Vorlage einer entsprechenden Eigenerklärung (**auf Anfrage**) mit dem Angebot mitteilen. Die vorgesehenen Unterauftragnehmer können, müssen aber noch nicht mit Angebotsabgabe benannt werden. Es wird allerdings auf § 36 Abs. 1 Satz 2 VgV hingewiesen, wonach der öffentliche Auftraggeber von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, vor Zuschlagserteilung verlangen kann, die Unterauftragnehmer zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen. Die Bieter müssen daher, wenn sie die Unterauftragnehmer nicht bereits im Angebot benennen und deren Verfügbarkeit durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung (**auf Anfrage**) nachweisen, damit rechnen, dass sie diese Angaben / Unterlagen vor Zuschlagserteilung kurzfristig nachreichen müssen.

Beabsichtigt ein Bieter die Vergabe eines Unterauftrags und **will er sich zugleich im Hinblick auf seine wirtschaftliche und finanzielle bzw. technische und berufliche Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten dieses Dritten berufen (§ 47 Abs. 1 VgV, Eignungsleihe)**, wird darauf hingewiesen, dass die vergaberechtlichen Regelungen zur Eignungsleihe zu beachten sind (vgl. § 35 Abs. 1 Satz 3 i.V.m. § 47 VgV).

Der Bieter muss **in Fällen der Eignungsleihe im Angebot** Art und Umfang der Einbindung des Drittunternehmers durch eine entsprechende Eigenerklärung (**auf Anfrage**) mitteilen und auf Aufforderung durch die Auftraggeberin nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel der Dritten tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er eine Verpflichtungserklärung des Dritten (**auf Anfrage**) vorlegt. Der Bieter hat darüber hinaus mit dem Angebot eine von dem Dritten unterzeichnete Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (**Anlage 3**) und die in der Vergabebekanntmachung und dieser Angebotsaufforderung geforderten Eignungsnachweise nach **Anlage 2** (Eignungskriterien) vorzulegen, soweit sich Eignungsnachweise auf Leistungsteile beziehen, für die die Eignungsleihe in Anspruch genommen wird.

Es wird darauf hingewiesen, dass auch mit dem Bieter verbundene Unternehmen i. S. des Konzernrechts Unterauftragnehmer sind („andere Unternehmen“ i. S. des § 47 VgV).

8. Bindefrist

Die Bindefrist endet am 11.06.2026.

9. Preise

Bei der Ermittlung der Preise sind die Bestimmungen der Verordnung PR 30/53 über die Preise bei den öffentlichen Aufträgen vom 21.11.1953 in der jeweils gültigen Fassung mit den Leitsätzen für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten (LSP) anzuwenden. Die Preisbehörden des Bundeslandes, in dem der Bieter bzw. Auftragnehmer seinen Geschäftssitz hat, sind für die Preisüberwachung zuständig.

III. Angebotswertung und Zuschlagskriterien

1. Angebotsprüfung und -bewertung

Die Prüfung und Bewertung der Angebote wie auch die Entscheidung über den abschließenden Zuschlag erfolgt unter Beachtung der § 41 bis 44 UVgO. Auf die für Angebote geltenden Ausschlussgründe nach § 42 I UVgO (diese betreffen z.B. Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen) wird hingewiesen.

2. Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das unter Berücksichtigung aller Kriterien wirtschaftlichste Angebot erteilt. Maßgebend hierbei ist der Angebotspreis.

IV. Allgemeine Vertragsbedingungen

Die dieser Ausschreibung zugrundeliegende Leistungsbeschreibung ergibt sich aus Ziffer V. Gemäß § 21 II UVgO werden die Bestimmungen der VOL/B vom 5. August 2003 (BANz. Nr. 178a) Vertragsbestandteil.

Die VOL/B stehen unter <https://www.pbeakk.de/index.php?id=1351> zur Einsichtnahme bereit.

V. Leistungsbeschreibung

Die bestehende Testrail Subscription soll für die Laufzeit vom 14.06.2026 – 14.06.2027 fortgesetzt werden.

Es handelt sich um eine "Renewal" und named user Lizenzen.

Customer ID: K42255

Produkt	Anzahl
Gurock TestRail Server, 100 Users Renewal 1Y	1

Anlagen

Anlage 1	Angebotsformblatt
Anlage 2	Eignungskriterien
Anlage 2A	Referenzblatt
Anlage 3	Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit
Anlage 4	Preisblatt
Anlage 5	Nachweisliste / Angebotsgliederung